

Dänemark

Maria Ruxandra Lupu

Eine ganze Reihe von Gründen haben dafür gesorgt, dass die Europäische Union auch im vergangenen Jahr in der dänischen Debatte präsent blieb: darunter die Revitalisierung der Debatte über eine Euro-Einführung durch die Finanzkrise des Frühjahrs 2008; der durch Benennung von Anders Fogh Rasmussen zum Generalsekretär der NATO verursachte Wechsel des Premierministers im Frühjahr 2009; die Europawahlen im Juni 2009; die Wiederbelebung der Diskussion über die dänischen Sonderregelungen (Opt-outs) im Zuge des zweiten irischen Referendums zum Vertrag von Lissabon im Oktober 2009; und die Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise

Die Auswirkungen der Finanzkrise auf Dänemark waren gravierend. Die Dänische Nationalbank musste die an den Euro gekoppelte Dänische Krone stützen und hob die Zinssätze auf den historischen Höchststand von 5,5% an, wodurch die Kosten der dänischen Bürger für Hypotheken und Kredite kräftig stiegen. Folglich wuchs die Unterstützung für eine Euro-Einführung und es wurde wieder über ein Referendum über den Euro diskutiert. Dänemark besteht seit 1993 auf vier Sonderregelungen in der Europapolitik, nämlich im Verteidigungsbereich, bei der Wirtschafts- und Währungsunion, bei der Unionsbürgerschaft und im Bereich Justiz und Inneres. Im Frühjahr 2008 hat der ehemalige Premierminister, Anders Fogh Rasmussen, sich für eine Euro-Einführung ausgesprochen, da diese zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität in Europa beitragen würde.¹ Experten gehen davon aus, dass die Zugehörigkeit zur Eurogruppe Schutz vor Turbulenzen auf den Finanzmärkten bietet, da die Mitgliedstaaten an den Stabilität fördernden Finanzmechanismen der Eurozone partizipieren.²

Mit dem Abflauen der Finanzkrise ebte auch die Unterstützung für den Euro ab. Die Dänische Nationalbank senkte im September 2009 den Darlehenszins auf ein Rekordtief von 1,25%. Während im November 2008 noch 53,4% der Dänen für den Euro gestimmt hätten, sprachen sich ein Jahr später in einer Umfrage der DanskeBank nur noch 48,9% für eine Euro-Einführung aus.³ Die Dänen hatten bereits mehrfach gegen den Euro gestimmt. 1992 konnte der Maastricht-Vertrag nur durch den Verzicht auf die Euro-Einführung ratifiziert werden und im Jahr 2000 wurde ein Referendum für den Euro mit 53,2% Gegenstimmen bei nur 46,8% Ja-Stimmen verloren.

1 Pop, Valentina: Denmark Re-thinks Euro Amid Financial Crisis, euobserver.com, 31.10.2008.

2 Manners, Ian: Small, Open Euro Economies, DIIS Brief, Copenhagen 2009, S. 1, 4.

3 Brogger, Tasneem/Sulugiuc, Gelu: Bernstein Says Crisis Showed Denmark's Need for Euro, bloomberg.com, 30.09.2009.

Der Wechsel des Premierministers

Im Frühjahr 2009 wurde Lars Løkke Rasmussen zum neuen Premierminister ernannt. Sein Vorgänger Anders Fogh Rasmussen, der 2001 die Liberalen zum Wahlsieg über die amtierenden Sozialdemokraten führte, war mitten in seiner dritten Amtszeit zurückgetreten, um Generalsekretär der NATO zu werden. Auf dem internationalen Parkett steht der neue Premier Løkke Rasmussen vor der Herausforderung, eine Einigung auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember 2009 in Kopenhagen zu erzielen.

Zu Beginn seiner Amtszeit verkündete Lars Løkke Rasmussen, an der Politik seines Vorgängers festzuhalten und keine neuen Steuern zu erheben sowie die strikte Einwanderungspolitik und die Modernisierung des Sozialstaats fortzuführen. Auch europapolitisch werde es, so Løkke Rasmussen, keine Veränderungen geben, da die EU ihm ebenso wichtig sei wie seinem Vorgänger. Er teile die vorsichtige Haltung seines Vorgängers in der Frage der EU-Erweiterung um die Türkei und frühere Staaten der Sowjetunion. Er werde die Verhandlungen mit der Türkei unterstützen, da diese positive Anreize für die Fortführung der Reformen schaffen, eine Mitgliedschaft in der EU würde jedoch von der Erfüllung der Beitrittsbedingungen abhängen.⁴

Die dänischen Opt-outs, die Teil des Regierungsprogramms sind, wurden besonders hervorgehoben. Der neue Premierminister erwähnte ausdrücklich ein Euro-Referendum. Obwohl Løkke Rasmussen an einem Referendum während seiner Amtszeit festhält, könnte dieses zu knapp vor den Nationalwahlen im Frühjahr 2011 liegen. Der Euro ist eine heikle Angelegenheit für die amtierende Regierung. Zum einen, da das Risiko einer Ablehnung besteht, weil die Unterstützung in der Bevölkerung sehr ungewiss ist (im September 2009 waren 48,9% der Dänen dafür, 47,6% dagegen), aber auch, da eine Mehrheit im Parlament von der Unterstützung der Dänischen Volkspartei abhängt, die sich beharrlich gegen jede Euro-Kooperation ausspricht.⁵ Auch die Haltung der Sozialistischen Volkspartei, die bei früheren EU-Referenden in Dänemark häufig eine entscheidende Rolle spielte, ist wichtig. Es gibt bisher keine Anzeichen, dass sie ihre ablehnende Politik ändern wird.

Die Europawahlen im Juni 2009

Wie in anderen EU-Mitgliedstaaten auch, wurde in Dänemark der Trend bei den Europawahlen im Juni 2009 deutlich, dass nicht europapolitische, sondern innenpolitische Themen den Wahlkampf und damit das Wahlergebnis bestimmen. Ein wichtiges Ergebnis der Wahlen war der Zugewinn an Wählerstimmen für die oppositionelle Sozialistische Volkspartei, die bereits bei den letzten Nationalwahlen an Beliebtheit gewonnen hatte. Ebenso bedeutsam war das schlechte Abschneiden von einigen der traditionell EU-skeptischen Gruppierungen wie etwa der Juni-Bewegung, die diesmal keinen Abgeordneten ins Europäische Parlament entsendet. Die Juni-Bewegung erhielt bei diesen Wahlen nur noch 2,4% der Wählerstimmen, während es bei den Wahlen von 2004 noch 9,1% waren. Stattdessen konnte die nationalkonservative Dänische Volkspartei 2009 einen Großteil der antieuropäisch eingestellten Wähler für sich gewinnen und ihren Stimmanteil von 6,8% (2004) auf 15% erhöhen. Die Sozialdemokraten mussten harte Verluste verkraften, ihr Anteil an Wählerstimmen viel von 32,6% (2004) auf 21% (2009). Trotzdem bleibt die Oppositionspartei, wenn auch nur knapp, vor der Liberalen Partei, die die meisten Wählerstimmen erhielt. Die

4 Løkke: I'll Work Day and Night, Politiken, 05.04.2009.

5 Experts: PM will Postpone Euro Vote, the Copenhagen Post, 23.09.2009.

Liberaler Partei des Premierministers Lars Løkke Rasmussen gewann 20% der Wählerstimmen und verbesserte sich damit im Vergleich zu den Wahlen 2004 (19,4%) leicht.⁶

Auffallend war die Beliebtheit einzelner Kandidaten unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit. In diesem Jahr erhielt Morten Messerschmidt von der Dänischen Volkspartei die zweithöchste Anzahl an Stimmen. Im Gegensatz dazu gibt der Verlust von Wählerstimmen für die Sozialdemokraten die Entscheidung des früheren Premierministers und Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE), Poul Nyrup Rasmussen, wieder, kein weiteres Mal für das Europäische Parlament zu kandidieren.

Wie üblich war das Interesse an den Wahlen zum Europäischen Parlament viel geringer als bei nationalen Wahlen. Während die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum dänischen Parlament bei über 90% liegt, beträgt sie bei den Europawahlen nur etwa 50% – schwer verwunderlich angesichts der Tatsache, dass etwa 70% der dänischen Gesetzgebung EU-Gesetzgebung ist.

Das zweite irische Referendum und die Zukunft der dänischen Opt-outs

Die Absicht der Regierung, ein weiteres Referendum über die dänischen Ausnahmeregelungen durchzuführen, rückte durch das immer wahrscheinlicher werdende In-Kraft-Treten des Vertrags von Lissabon erneut auf die politische Agenda. Neben dem bereits erwähnten Opt-out aus der Wirtschafts- und Währungsunion wurden insbesondere die Ausnahmeregelungen in den Bereichen Verteidigung sowie Justiz und Inneres diskutiert.

Im Bereich Justiz und Inneres beteiligt sich Dänemark aufgrund der geltenden Ausnahmeregelung bei der intergouvernementalen Zusammenarbeit (einschließlich der polizeilichen Zusammenarbeit und beim Strafrecht), nimmt jedoch nicht an den supranational geregelten Bereichen teil (wie etwa Einwanderung und Asyl, Grenzkontrolle und Zivilrecht). Durch den Vertrag von Lissabon werden die Ausnahmeregelungen im Bereich Justiz und Inneres besonders aktuell, da mit dessen In-Kraft-Treten künftig der gesamte Bereich Justiz und Inneres supranational geregelt sein wird und folglich qualifizierte Mehrheitsentscheidungen die bisherige Einstimmigkeit der intergouvernementalen Zusammenarbeit ablösen werden. Besteht Dänemark weiter auf seiner Ausnahmeregelung, würde es über kurz oder lang aus dem gesamten Bereich Justiz und Inneres ausgeklammert sein. Daher wurde auf dänisches Bestreben hin in einem Protokoll zum Vertrag von Lissabon die Option vorgesehen, die geltenden Opt-outs in Opt-ins zu ändern. Im Falle des In-Kraft-Tretens des Lissabon-Vertrags ist es Dänemark möglich, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob es die bestehende Gesetzgebung im Bereich Justiz und Inneres übernimmt oder nicht. Die dänische Bevölkerung muss diesen Schritten in einem Referendum zustimmen.

Das Opt-out im Verteidigungsbereich bedeutet für Dänemark, dass es nicht an Entscheidungsfindung, Durchführung und Finanzierung von ESVP-Entschlüssen beteiligt ist. Entsprechend musste Dänemark seine Truppen aus Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zurückziehen, als die NATO-geführte Operation durch eine EU-geführte Operation abgelöst wurde. Auch die Mitwirkung in der Europäischen Verteidigungsagentur und an der allgemeinen Strategiedebatte über die künftige Ausrichtung der europäischen Verteidigungspolitik bleibt Dänemark verwehrt. Momentan ist Dänemark aufgrund der Ausnahmeregelung nur die Teilnahme an zivilen Operationen möglich. Die zunehmende Zahl von zivil-militärischen Operationen und die schwierige Trennung der beiden Komponenten

⁶ Right, left Advance in EU Vote, the Copenhagen Post, 08.06.2009.

könnten jedoch dazu führen, dass Dänemark an künftigen EU-Missionen nicht teilnehmen wird.⁷

Während politische Befindlichkeiten zu einer Verschiebung des Euro-Referendums führen könnten, unterstützen die meisten politischen Parteien die Abschaffung der Opt-outs in den Bereichen Verteidigung sowie Justiz und Inneres. Trotzdem scheint die Regierung eine neue Strategie des Abwartens zu verfolgen und sich der Angelegenheit erst annehmen zu wollen, wenn diese zu einem echten Problem wird. Währenddessen kann sich die Bevölkerung mit eigenen Augen von den möglichen Folgen der Nichtteilnahme überzeugen, wodurch ein Referendum zu den dänischen Opt-outs leichter zu rechtfertigen sein dürfte.

Ebenfalls für Debatten sorgte die Benennung eines dänischen EU-Kommissars. Momentan ist Klimaministerin Connie Hedegaard, die der an der Regierungskoalition beteiligten Konservativen Partei angehört, Favoritin für einen Posten in der EU-Kommission. Løkke Rasmussen zögerte zunächst ihre Kandidatur voranzutreiben, da ihre Benennung zwar zur Stärkung seines Kabinetts beitragen, gleichzeitig aber im Vorfeld der Klimakonferenz in Kopenhagen Schwierigkeiten für den Premier verursachen könnte.

Die Klimakonferenz von Kopenhagen (COP 15)

Dänemark wird vom 7.-18. Dezember 2009 die 15. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 15) ausrichten. Die dänische Regierung verfolgt mit der Unterzeichnung eines internationalen Abkommens mit konkreten Zielvereinbarungen zur Reduzierung von Treibhausemissionen in Kopenhagen eine ambitionierte Agenda. Dänemark bemüht sich seit langem in der Europäischen Union sehr aktiv um energiepolitische Themen und hat sich einer Energiepolitik verpflichtet, die mit den umweltpolitischen Zielen der EU vereinbar und sogar bestrebt ist, diese zu übertreffen. Eine der Herausforderungen, die bis Dezember zu lösen sein werden, ist es, eine Einigung unter den EU-Staaten über die Finanzierung eines künftigen internationalen Klimaabkommens zu erzielen. Løkke Rasmussen betonte, dass er sich von der EU Signale erwartet, die ihre Bereitschaft unterstreichen, ihren Teil des Deals zu übernehmen.⁸

In Anbetracht der Tatsache, dass nur noch wenig Zeit bleibt und die großen Meinungs-differenzen wohl ungelöst bleiben werden, sieht es heute so aus, dass die COP 15-Verhandlungen kaum zu einem umfassenden internationalen Klimavertrag gegen die globale Erwärmung mit bindendem Charakter, wie in sich Dänemark wünscht, führen werden.

Weiterführende Literatur

Buskjær Christensen, Mette/Manners, Ian: *The Irish Opt Outs from the Lisbon Treaty? Lessons of the Danish Experience*, DIIS Brief, Copenhagen 2008.

Buskjær Christensen, Mette: *The Choice of Candidates for the European Parliament Elections 2009. Danish Parties and their Procedures for Selecting candidates*, DIIS Report no. 17, Copenhagen 2009.

Hvidt, Nana/Mouritzen, Hans (Hrsg.): *Danish Foreign Policy Yearbook 2009*, Danish Institute for International Studies (DIIS), Copenhagen 2009.

Jones, Erik: *The Euro and the Financial Crisis*, Survival, vol. 51, no. 2, Routledge, 2009.

7 The Danish Opt Outs from the European Union: developments since 200, DIIS Executive Summary, Copenhagen 2008, <http://www.diis.dk/sw44881.asp>.

8 www.kemin.dk.